

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 83 827

Kernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Rorsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilk, Schöna, Waltersdorf, Wendischschänke, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke, Jnh. Walter Sieke Verantwortlich: R. Kofelapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Beitzelle 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen



Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 149

Bad Schandau, Mittwoch, den 29. Juni 1927

71. Jahrgang

Pessimismus über die Genfer Seeabrüstungsverhandlungen

Washington zu den englisch-japanischen Allianzplänen.

New York, 28. Juni. Aus den direkten Verhandlungen zwischen London und Tokio und dem Verlaufe der Genfer Konferenz will man in Washington das Neuerstehen einer englisch-japanischen Allianz mit der Spitze gegen Amerika und eine englisch-japanische Verständigung über China entnehmen. Trotzdem beabsichtige Washington, in Genf bis zum Neuerstehen auszuharren. Allerdings würde die Washingtoner Regierung gezwungen sein, ihre Delegation aus Genf abzuberufen, sobald kein Zweifel mehr darüber bestehen würde, daß die Seeabrüstungskonferenz nicht das bringen werde, was Amerika wünschte, nämlich einen Fortschritt auf dem Wege zur Abrüstung.

Die Verhandlungen auf dem toten Punkt?

London, 28. Juni. Die aus Genf vorliegenden Berichte lauten äußerst pessimistisch, und es hat, wenn nicht alle Anzeichen trügen, den Anschein, als ob die Flottenabrüstung nunmehr auf dem toten Punkt angelangt sei. Der Evening Standard läßt sich von seinem Genfer Sonderkorrespondenten berichten, daß

Großbritannien bei seinen Verhandlungen über die Frage, welche Schiffe bei einem Begrenzungsplan unberücksichtigt gelassen werden sollten, außerordentlich gut abgeschnitten habe. England habe bisher keinen einzigen Rückschlag zu verzeichnen gehabt. Die Japaner zeigten ihren ehemaligen Verbündeten bemerkenswerte Loyalität. Die Amerikaner legten mehr Elastizität, aber nicht die genaue umfassende Marinekenntnis und Staatskunst der Japaner an den Tag. Die Japaner drohten mit einem möglichen Festschlag der Konferenz angesichts des festen Entschlusses Bridgesmans und seiner Kollegen, daß alle Karten offen auf den Tisch gelegt werden sollten. In Genf seien einige Gerüchte von einer möglichen Vertagung der Konferenz in Umlauf, falls die Konferenz nicht innerhalb von 10 Tagen abgeschlossen sei, aber an verantwortlicher Stelle konnten diese Gerüchte nicht bestätigt werden.

Aus New York wird gemeldet, daß Präsident Coolidge über den Rückschlag in Genf unangenehm berührt sei. Berichten aus der Sommerresidenz des Weißen Hauses zufolge verläutet, daß, falls der Stillstand der Verhandlungen in Genf andauere, die amerikanische Regierung vielleicht formal bekannt geben werde, daß die Vereinigten Staaten ein vollkommen neues Marineprogramm aufstellen und die mächtigste Flotte der Welt an Kreuzern und Unterseebooten haben würden.

Für eilige Leser.

* Der Grobshamburg-Ausschuß des Preussischen Landtages nahm einstimmig den Gesetzentwurf über die Verwaltung und Unterhaltung von Reichswasserstraßen im Stromspaltungsgebiet der Elbe an, wonach Nachträge zu den Zusatzverträgen mit Preußen und Hamburg zum Staatsvertrag über den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich vom Jahre 1921 genehmigt werden.

* Der Leiter der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, Ministerialdirektor Boffe, ist gestern abend wieder nach Paris abgefahren, um der französischen Regierung die Antwort auf die letzten Kompromißvorschläge zu übermitteln.

* König Boris von Bulgarien wird nach Parlamentsschluß seine Auslandsreise in Begleitung des Ministerpräsidenten und des Außenministers antreten. Der König wird nicht nur Paris, Rom und London besuchen, sondern wird auch dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung in Berlin einen Besuch abstatten.

* Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat die offiziellen Einladungen zur Teilnahme an der vom Völkerbundsrat auf den 17. Oktober d. J. anberaumten diplomatischen Konferenz zur Aufhebung der Aus- und Einfuhrbeschränkungen ergehen lassen.

Europas Stellung in der Weltwirtschaft.

(Zum Ablauf des deutschen Zollkompromisses.) Von Wih. S. Hübner, Hannover.

Europa liegt zwischen zwei neu entstandenen politischen und wirtschaftlichen Einheiten, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjet-Union. Von beiden Seiten fühlt es in härter werdendem Maße den Druck, der ihm das wirtschaftliche Atemholen behindert, wie einige der interessantesten Zahlen aus der weltwirtschaftlichen Statistik in aller Kürze deutlich beweisen.

1913 hatte Europa 64,4 Prozent Anteil am Weltmarkt, 1924 nur noch 25,1 Prozent. Stellt man den Gesamtumsatz aller europäischen Länder für 1913 auf 100, so betrug er 1924: 82. Für Amerika lautet die Vergleichsziffer 118, für Asien 128. Von 1910 bis 1914 hatte Europa etwa 50 Prozent Anteil an der Einfuhr in die Vereinigten Staaten, gegenwärtig nur noch 30 Prozent. Umgekehrt dasselbe: der Anteil nichteuropäischer Staaten stieg auch bei der Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten von 50 auf 70 Prozent. Amerikas Ueberseehandel, der im Jahre 1913 größtenteils auf europäischen Schiffen erfolgte, geschieht jetzt meist auf amerikanischen. Die Vereinigten Staaten und Japan erlebten eine gewaltige Vermehrung ihrer Kauffahrteiflotte, während die britische Stellung sich wesentlich verschlechterte. Japanische Handels- und Passagierdampfer durchkreuzen heute auf festen Linien alle Meere der Erde. Dem wirtschaftlichen Vordringen der Nordamerikaner in Südamerika, auf Kosten Europas, steht die Erstarkung Japans auf dem Markt des Fernen Ostens gegenüber. Ein paar Ziffern als krasses Beispiel: Die Einfuhr Japans nach Niederländisch-Indien, die 1905 nur 4,2 Millionen Mark betragen hatte, stieg 1913 auf 11,3, 1915 auf 21,3, 1925 auf 135 Millionen Mark.

Wichtiger noch ist es, daß sich die Richtung des Weltwirtschaftsverkehrs geändert hat: Durch den Panamakanal ist bis zu einem gewissen Grade der Suez-Kanal entthront worden. Der Stille Ozean wurde erstrangiges Verkehrsgebiet und stärkte die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen der Vereinigten Staaten (und Kanadas) mit den Ländern des Fernen Ostens in ungeahntem Maße. Die Verfügung über die Kapitalien, der Ort des Kapitalmarktes der Erde hat sich geändert. Eine neue hochkapitalistische Periode, von New York aus regiert, hat die alte von London abgelöst. Wichtige Veränderungen sind eingetreten in der Erzeugung von Kraft für Verkehr und Industrie. Die Produktion von Steinkohle, einst eine Domäne Europas, ging mit der Erfindung und Verbesserung der Motoren zugunsten der Erdölgewinnung zurück. Die Petroleumproduktion, die sich 1913 auf 52 Millionen Tonnen belief, war 1925 auf 145 Millionen Tonnen gestiegen; der Anteil der Vereinigten Staaten beträgt hieran 70 Prozent. Dabei ist zu bedenken, daß von obiger Gesamtzeugung etwa 70 Millionen Tonnen Heizungsöl darstellen, was einer unmittelbar verdrängten Kohlenmenge von 120 Millionen Tonnen entspricht. (Die Gesamterzeugung in Deutschland betrug 1925: 132 Millionen Tonnen.) Nordamerika, das einst Lebensmittel und Rohstoffe für die ganze Welt lieferte, entwickelte sich zum Landwirtschafts- und Industriestaat. Das Kapital dazu verschafften ihm der Krieg in Europa, seine erweiterten Absatzmöglichkeiten und sein nüchtern-praktischer Geschäftsgestalt. Die amerikanische Automobil-Industrie ist dafür das beste Beispiel. So wurden die Vereinigten Staaten der stärkste Konkurrent Europas, dessen Absatz sie in vielen Gebieten verdrängten.

Auch wenn man die Organisations- und Produktionsveränderungen berücksichtigt, die in vielen wichtigen Wirtschaftszweigen während der Kriegs- und Nachkriegszeit vor sich gingen (Gummi, Eisen, Textil, Farbstoff, Stickstoff, Zuckerrüben, Getreide), so ist das Ergebnis unabweisbar, daß unser Erdteil in eine misliche Lage geraten ist und der Zustand für Europa als Gesamtheit nicht besser, sondern von Jahr zu Jahr ungünstiger wird. Wie reagieren nun die europäischen Völker auf diese Aussicht, soweit sie sie klar erkennen? Man kann dreierlei Strömungen unterscheiden: Erhaltung politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit (Selbstversorgung), dann politischer Zusammenschluß mit Zollunion (Vereinigte Staaten von

Die Organisation der Hindenburg-Spende

Für Kriegsbeschädigte und Mittelständler.

Besprechungen über die Hindenburg-Spende.

An den Vorbereitungen für die Hindenburg-Spende, die anläßlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten ins Leben gerufen und Kriegsbeschädigten sowie dem notleidenden Mittelstand zur Verfügung gestellt werden soll, wird eifrig gearbeitet. In Berlin hat kürzlich eine Besprechung der beteiligten Stellen stattgefunden, in der beschlossen wurde, von der Begründung von Landesausstellungen der Hindenburg-Spende Abstand zu nehmen. Die Väterregierungen werden jedoch demnächst Anträge erlassen, die sich für ihren Bereich dem von der Reichsregierung ergangenen Aufruf zur Hindenburg-Spende anschließen. Wie es heißt, schweben auch Verhandlungen, um für die Beiträge zur Hindenburg-Spende möglichst Steuererleichterungen zu verschaffen.

Besonders wertvoll für den Erfolg der Spende dürfte es sein, daß sich die Raiffeisengenossenschaften und die ländlichen Darlehnskassen bereit erklärt haben, als Annahmestellen für die Hindenburg-Spende zu dienen. Man hofft hierdurch, die Sammlungsresultate auf dem flachen Lande günstig zu beeinflussen, zumal es bei früheren Sammlungen vielfach veräußert worden ist, auf die ländlichen Verhältnisse besondere Rücksicht zu nehmen. Zum Leiter der Hindenburg-Spende ist Dr. Karstedt aus dem Reichsarbeitsministerium ernannt worden, der bereits die Ludendorff-Spende, die Hilfe für

Oppau und das Deutsche Volkssopfer (Kuhrhilfe) geleitet hat. Die Ludendorff-Spende ergab 1918 einen Betrag von 163 Millionen Reichsmark, die Hilfe für Oppau im Jahre 1921/22 44 Millionen Mark und das Deutsche Volkssopfer im Jahre 1923 10,5 Millionen Mark. Allerdings ist bei der Ludendorff-Spende und bei dem Oppauer Hilfsverein zu berücksichtigen, daß die hohen Millionenzahlen nicht mehr Goldmark waren, sondern daß damals bereits die Inflation eine Entwertung des deutschen Geldes vorgenommen hatte.

Hindenburg und Wilhelmshöhe.

Reichspräsident von Hindenburg hat den Oberbürgermeister von Kassel, Stadler, empfangen, der dem Reichspräsidenten nochmals die Bitte der Stadt Kassel vorbrachte, Schloß Wilhelmshöhe als Sommerstutz zu benutzen. Reichspräsident von Hindenburg hat indessen, von diesem ihm vorgeschlagenen Wunsch Abstand zu nehmen. Schon im Jahre 1918, als Hindenburg den Rückmarsch der deutschen Armee organisierte und auf Wilhelmshöhe wohnte, hat er es abgelehnt, Wohnung im Schloß zu nehmen, da es ihm nicht anstehende, ein kaiserliches Schloß zu bewohnen, während seine Truppen kaum irgendwelche Unterkunft hätten. Der Reichspräsident, der dem Oberbürgermeister die Bitte für die Kasseler Bürgerschaft aufgetragen hat, hat sich im übrigen auch den Hergang des großen Straßenbahnunglücks am 18. Mai durch Oberbürgermeister Stadler schildern lassen. Der Magistrat von Kassel hat beschlossen, den Kasseler Bürgerbund, von dem der Plan der Wilhelmshöhe Sommerresidenz ausgegangen war, von dem Entschluß des Reichspräsidenten in Kenntnis zu setzen.

genug gegen die Kriegsschuld protestierte. Man erwarte dort die rückichtslose Erklärung eines hohen Beamten der Regierung gegen die Kriegsschuld. Auch dem jetzigen Reichspräsidenten würde Amerika eine derartige Erklärung glauben. Des weiteren verstehe man dort nicht, daß Deutschland nicht mehr gegen die unerschwinglichen Reparationskosten protestiere. Ohne die Änderung der Weltmeinung über die Kriegsschuldfrage sei eine Änderung der Lage Deutschlands nicht zu erreichen.

Student Hüsch bezeichnete es als Aufgabe der studierenden Jugend, Vorkämpfer zu sein für die deutsche Ehre, für die Wiederherstellung der nationalen Grundlagen, auch im Ausland. Damit schloß die Kundgebung.

Die Regierungstrife in Mecklenburg.

Schwerin. Auf Anregung der Deutschnationalen und mit Unterstützung der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und der Völkischen Freiheitspartei ist dem Landtag folgender Antrag zugegangen: „Wir beantragen, der Landtag wolle gemäß § 53 der Landesverfassung beschließen: Das Staatsministerium wird abberufen.“ Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß im Ältestenausschuß Ministerpräsident Schröder auf die Anfrage des deutschnationalen Führers, Dr. von Verken, ob das Ministerium bereit sei, seine Entlassung zu nehmen, geantwortet hat, daß es diese Absicht nicht habe.

Tirpitz über die Kriegsschuld.

Kundgebung der „Deutschen Studentenschaft“.

Die „Deutsche Studentenschaft“ veranstaltete bei der Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles in Berlin eine Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage. An der Veranstaltung, die gleichzeitig in allen Universitätsstädten Deutschlands stattfand, nahmen Vertreter der akademischen Behörden und der Studentenschaft teil. Professor Karo-Halle wies darauf hin, daß heute eine Trauerkundgebung nach östlichem Vorbilde erforderlich sei.

Großadmiral von Tirpitz erklärte, daß er auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen jedwede Schuld Deutschlands am Kriege ablehne. Deutschlands Schuld habe nur darin bestanden, daß es ein geeintes Volk gewesen sei. Weiter habe in der Volksvermehrung Deutschlands, dem Problem „Voll ohne Raum“, eine weitere Ursache des Krieges gelegen, ebenso in der geographischen Lage Deutschlands. Herr von Tirpitz ging dann auf die Wirkung der Kriegsschuldfrage auf die Weltmeinung ein und betonte, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg hauptsächlich auf die englische Propaganda über Deutschlands Schuld am Kriege zurückzuführen sei. Verschiedene Amerikaner seien der Ansicht, daß Deutschland nicht rückichtslos